

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Landsleute,

aus mehreren Gründen musste ich meine kritische Haltung gegenüber der Digitalen Welt im Allgemeinen und der Veröffentlichung personenbezogener Daten in dieser im Besonderen insofern überdenken, als dass ich nun zum ersten Mal in meinem Leben mit einer eigenen Internetpräsenz für jeden erreichbar und auch ansprechbar bin. Zum einen ist das erforderlich, um jedem objektiv aus Kreistag und Stadtvertretung berichten zu können. Zum anderen möchte ich mich nunmehr, nach Erreichung meiner, in der Politik sehr wichtigen, finanziellen Unabhängigkeit, schrittweise immer mehr auf die Bewältigung der Probleme in unserem Land konzentrieren, um mich ab 1.1.2021 umfassend der Politik zu widmen. Als letzten Grund muss ich hinzufügen, dass ich im Nordosten meines Heimatlandes an Schwerkriminelle, SED-Mitglieder und andere, bewusst in die AfD eingeschleuste, Verräter und Saboteure geraten bin, die über mich und andere altgediente AfD-Kämpfer Lügen in die Digitale Welt setzen und verbreiten, sodass ich mich auch in dieser verteidigen muss.

Während man in meiner Geburts- und Heimatstadt und jahrzehntelangen beruflichen wie privaten Wirkungsstätte Hannover meinen für mich persönlich zwar sehr traurigen aber ehrenhaften Abschied von der Landespolizei Niedersachsen nicht anzweifelte, wobei ich in 5 Jahren politischer Arbeit sowie gemeinsamen Sitzungen mit dem Polizeipräsidenten dort auch mal im Fokus der Öffentlichkeit stand, meint man nun, 10 Jahre danach und 500 Kilometer entfernt, alles anders und besser zu wissen.

Tatsächlich habe ich, nach mehreren Vorfällen, bei denen die beteiligten Polizeibeamten aber zu feige waren, sich konsequent zu verteidigen, gegen einen Staatsanwalt eine Strafanzeige wegen Verfolgung Unschuldiger geschrieben, nachdem dieser gegen mich ein Strafverfahren wegen Körperverletzung im Amt eingeleitet hatte. Nach Auffassung mehrerer Volljuristen lagen die Tatbestandsmerkmale einer Körperverletzung im Amt aber gar nicht vor, trotzdem durfte meine Verteidigungsschrift die Dienststelle nicht verlassen, sodass ich sie am 3.11.2009 persönlich bei der Generalstaatsanwaltschaft in Celle abgab. Auf das, was danach passierte, möchte ich hier nicht näher eingehen. Die Strafverfahren gegen den Staatsanwalt und mich wurden auflagenfrei eingestellt und da man mir kein Fehlverhalten nachweisen konnte, griff man zu dem ohne gesetzliche Voraussetzungen und ohne Zustimmung des Beamten möglichen Mittel der Umsetzung und ich musste meinen Spind in der Polizeiinspektion Hannover-Mitte für immer abgeben und sollte mir beim Verkehrsunfalldienst einen anderen suchen. Da dieses Vorgehen mit meinem Gewissen nicht vereinbar war, ich nach mehreren Jahren Autobahnpolizei genug Verkehrsunfälle aufgenommen und Unfalltote gesehen hatte sowie eine nur innerliche Kündigung für mich ebenso wenig in Frage kam, wie eine Frühpensionierung aus vorgegebenen oder tatsächlichen Gründen, reichte ich meinen Antrag auf Entlassung ein, verzichtete damit auf mein Ruhegehalt, und bin seit dem 1.1.2011 in der Freien Wirtschaft tätig.

Es ist sehr bitter und deprimierend, in dieser Dekade mit ansehen zu müssen, wie Millionen Lügner und Betrüger, Kriminelle und Terroristen, die eine Politische Verfolgung nur vorgaukeln, als Flüchtlinge Willkommen heißen und hunderte Milliarden Euro ausgegeben werden, während Millionen Deutsche, so wie ich die längste Zeit auch, trotz harter Arbeit und ohne staatliche Unterstützung, Tag für Tag, Monat für Monat und Jahr für Jahr um das finanzielle Überleben kämpfen müssen.

Das Schlimmste aber für mich ist, feststellen zu müssen, dass der millionenfache Gesetzes- und Verfassungsbruch der Regierung Merkel (laut Artikel 16a Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz hat keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften einreist) von den Millionen deutschen Beamten, Soldaten und Richtern, die, wie ich, schworen, das Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen, widerstandslos hingenommen und durchgeführt wird.

Ein Grund dafür ist, dass das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 nicht vom Deutschen Volke, sondern von den Besatzungsmächten geschrieben und genehmigt wurde. Um den vorsätzlich herbeigeführten, großen Gefahren der Zukunft begegnen zu können, ist es notwendig, eine richtungsweisende und